

Sebastian Kurz
Bundeskanzler

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.351.562

Wien, am 5. August 2020

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Scherak, Kolleginnen und Kollegen haben am 5. Juni 2020 unter der Nr. **2227/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „vom Bundesministerium in Auftrag gegebene Studien 2019/20“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3:

- *Welche Studien wurden von Ihrem Ministerium (inklusive nachgeordneter Dienststellen) seit 01.06.2019 bis dato (Stichtag: Tag der Anfragebeantwortung) in Auftrag gegeben? Bitte um Aufgliederung jeweils nach Inhalt, Auftragnehmer_in und Kosten.*
 - a. *Werden diese Studien veröffentlicht?*
 - b. *Wenn ja, wo?*
 - c. *Wenn nein, weshalb nicht?*
 - d. *Wenn nein, ist geplant, sie in naher Zukunft zu veröffentlichen?*
- *Welche Erkenntnisse aus Studien wurden seit 01.06.2019 bis dato von Ihrem Ministerium umgesetzt?*
 - a. *Wie konkret wurden diese Erkenntnisse umgesetzt?*

- *Welche Studien sollen in naher Zukunft in Auftrag gegeben werden? Bitte um Aufgliederung jeweils nach Inhalt, Auftragnehmer_in und Kosten.*

Wie bereits in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 376/J vom 19. Februar 2020 von mir ausgeführt, wurde im angefragten Zeitraum vom damaligen Bundesminister für EU, Kunst, Kultur und Medien eine Studie zu einem Thema beauftragt, das nunmehr in meinen Zuständigkeitsbereich fällt. Die Studie wird vom Austrian Institut of Technology (AIT) durchgeführt und beschäftigt sich mit „Resilienz gegen Desinformation“. Konkret soll eine Roadmap für die Bereitstellung technologischer Hilfsmittel zur Eindämmung von Aktivitäten zur Desinformation im Internet ausgearbeitet werden. Die Gesamtkosten der Studie belaufen sich auf 48.000 Euro (brutto). Die Fertigstellung ist für den Dezember 2020 vorgesehen.

Derzeit sind keine Studien absehbar, die in naher Zukunft beauftragt werden sollen.

Sebastian Kurz

